

Weihnachtsfreude für alle! Helft mit 8. Dezember am Tage der nationalen Solidarität

„Saarpost“ als Kampfbild der Bewegung in Erscheinung tritt, für genügend, um den sogenannten Volksbund in das rechte Licht, nämlich in das des Status quo, zu setzen. Nicht ohne leise Ironie wird darauf hingewiesen, daß zu der Entscheidung des 13. Januar, die alle Saarländer bewegt und zu einem geschlossenen Bekenntnis des deutschen Rückkehrwillens anspornt, kein einziges klares Wort gesprochen wurde. Es bedauert nicht der geringste Zweifel, daß der „Deutsche Volksbund“ für den Status quo kämpfte, wenn er sich auch vorläufig über dieses Ziel völlig ausschweige. Das Blatt erklärt abschließend in aller Deutlichkeit: „Die saarländischen Katholiken, die man wohl in erster Linie mit diesem echten Deutschtum des Status quo veredeln möchte, werden wohl diesen neuen Versuch zur Entscheidung einmütig und geschlossen ablehnen. Sie gehen auch in diesen letzten Wochen ruhig und sicher ihren Weg nach Deutschland, der ihnen nicht nur eine Sache des Herzens sondern auch der Ehre ist. Sie werden ihre Pflicht als aufrechte Katholiken und als anständige deutsche Männer erfüllen. Sie wollen keine Ueberforderung ihrer Heimat, keine ausländische Beherrschung, kein Verlassen im Abenteuer des Status quo, keinen einseitigen Bruch mit ihrem Vaterland, sondern sie wollen Deutschland, dem sie am 13. Januar ihre Stimme geben werden.“

Röschling dementiert

Der bekannte Vorkämpfer für die Rückgliederung der Saar, Hermann Röschling, dementiert in der „Saarpost“ die Behauptung, daß er die Behauptung aufgestellt, sich hätte gefast für den Rückfall der Saargruben würde kein Flehen begehrt werden. Diese Behauptung ist absolut unrichtig. Sie stellt sich als eines der leider allzu häufigen Mißverständnisse dar, die bei Unterhaltungen mit französischen Journalisten immer wieder vorkommen. Ich habe diesen Standpunkt, daß für die Saargruben nicht begehrt werden könnte, niemals geltend gemacht, wohl aber immer wieder eine starke Entwertung durch die allgemeine Entwertung des Kohlengrubengebets in Europa und durch eine besondere Entwertung der Saargruben infolge nicht rechtzeitiger und ausreichender Anreizmaßnahmen bebaudet.“

Im Spiegel der Berliner Presse

Berlin, 4. 12. Die bei den Saarverhandlungen in Rom erzielte Einigung wird von den Berliner Morgenblättern eingehend gewürdigt. „Die Einigung“, so schreibt der „Völkische Beobachter“, „wird nicht nur von der Bevölkerung an der Saar, sondern von der ganzen Weltöffentlichkeit mit Befriedigung zur Kenntnis genommen werden können. Denn durch die Tatsache dieser Einigung wurde ein Problem aus der Welt geschafft, dessen Begehen bisher immer als eine mögliche Quelle von Schwierigkeiten und Konflikten beklagt worden konnte. Die Verhandlungen um die Einigung in Rom haben für Deutschland zweifellos große Opfer gefordert. Deutschland hat sich aber zu Rechtswegen berechnen lassen, weil es das große Ziel der deutsch-französischen Entspannung nach wie vor im Auge hat, und weil das nationalsozialistische Deutschland nicht nur in Worten die Friedenstendenz, sondern auch bereit ist, seinen Friedenswillen durch eigene selbstlose Leistungen unter Beweis zu stellen. Wir können allerdings anerkennen, daß auch der französische Verhandlungspartner die Verantwortung der Stunde erlauft hat und Deutschland nicht Vorschläge zugeworfen wurden, die es unmöglich hätte annehmen können. Man hat wohl auch auf französischer Seite den Wunsch, das Saarproblem nicht immer wieder mit neuen Mißverständnissen und Streitpunkten zu belasten. Durch das Abkommen in Rom ist nunmehr ein Weg gefunden worden, um möglichst reibungslos die Rückgliederung der Saar vor sich gehen zu lassen. Man kann damit hoffen, daß alle tränenreichen Hoffnungen auf Reibungen zwischen Frankreich und Deutschland nach erfolgter Abstimmung gänzlich gemindert sind. Damit wird, so hoffen wir, auch der Abstimmungsstreit selbst in seiner Schärfe gemildert, und man kann weiterhin annehmen, daß darüber hinaus das römische Abkommen die Grundlage für die vollkommene Beilegung der Saarfrage zwischen Deutschland und Frankreich sein wird.“

Die „Berliner Wertszeitung“ meint, daß das in Rom erzielte Ergebnis sich vorteilhafter auswirke im Vergleich mit dem bekannten Barthou-Memorandum. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ möchte annehmen, daß der Völkerbundrat die römische Einigungsformel anerkennen werde.

In der „Germania“ wird mit Befriedigung festgestellt, daß durch die jetzige Beilegung die Saarfrage viel von ihrer Schärfe verloren hat, die noch vor wenigen Wochen ihr Kennzeichen war.

Befriedigung im Saargebiet

Saarbrücken, 4. 12. (Hunspr.) Mit Genugtuung und Erleichterung nimmt die gesamte saarländische Öffentlichkeit von der römischen Saarentscheidung Kenntnis. So schreibt die „Saarbrücker Zeitung“ u. a.: Niemand kann davon mit größerer Befriedigung Kenntnis nehmen, als die deutsche Bevölkerung des Saargebietes. Eine Zeit lang

An alle Betriebsführer Schenkt zu Weihnachten eurer Gefolgschaft „Reisepartien“

Berlin, 3. Dezember.

Die Deutsche Arbeitsfront NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, Abteilung für Reisen, Wandern und Urlaub, wendet sich mit folgendem Ruf an die Betriebsführer:

Betriebsführer! Auf ein Wort!

Die Abteilung für Reisen, Wandern und Urlaub in der NSG „Kraft durch Freude“ hat für die Arbeitskameraden eine „Reisepartikarte“ geschaffen, die es ihnen wesentlich erleichtert, die Mittel für eine der herrlichen „RDF“-Ferien im nächsten Sommer aufzubringen. In diese Reisepartien werden Wertmarken von je 50 Pf. eingefleht — ohne Zwang, wie es jeder kann und will. Ist eine Partikarte vollgestellt, so repräsentiert sie den Wert von 40 RM., der im Durchschnitt für eine Wochenreise einschließlich Taschengeld ausreicht.

Jeder Betriebsführer kann nun seinen Gefolgschaftsmitgliedern eine besondere Freude machen, wenn er ihnen zu Weihnachten als besondere Anerkennung für die geleistete Jahresarbeit eine solche Reisepartikarte schenkt und in sie nach seinem Ermessen Marken einlegt. Da dieses Geschenk schon von 50 Pf. an möglich ist, wird jeder Betriebsführer in der Lage sein, nach dem Stände seines Geschäftsganges den Gefolgschaftsmitgliedern die vorgeschlagene Weihnachtsfreude zu machen.

Provokation des deutschen Memellandes

Geher mit Kabinetts-Neubildung beauftragt

Der Gouverneur des Memelgebietes hat den Vorsitzenden der litauischen Landtagsfraktion und Führer der litauischen Schützen- und Jugendverbände im Memelgebiet, Dr. Prudelis, mit der Bildung des neuen Direktoriums beauftragt. Die Ernennung von Prudelis bedeutet eine neue Herausforderung der Memelländer, denn es ist bekannt, daß er einer der stärksten Geher gegen das memelländische Deutschland ist. Die Litauer haben damit einen wesentlich verschärften Kurs gegen das memelländische Deutschland eingeschlagen.

Erklärung des zurückgetretenen Memel-Direktoriums

In dem Rücktritt des Direktoriums Reichgys wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. heißt, das Direktorium halte es im Hinblick darauf, daß der Landtag des Memelgebietes am 27. Juli 1934 nicht zur Einigung gekommen sei, die Erklärung zurückzutreten und auch am 6. September nicht zusammenzutreten konnte, um die notwendigen Maßnahmen zur Regelung der öffentlichen Finanzen für das Memelgebiet zu erlassen, für notwendig, einen Ausweg zu suchen.

Wenn auch der Landtag seinem Direktorium nicht das Vertrauen ausgesprochen habe, obwohl er das jeden Tag hätte tun können, halte Reichgys es bei der gegenwärtigen Lage für das Beste, sein Amt zur Verfügung zu stellen.

Damit geht Reichgys an den Tatsachen völlig vorbei. Bekanntlich war der Landtag dadurch beschlußunfähig, weil die Litauer ihre eigenen Abgeordneten veranlaßt hatten, der Sitzung fernzubleiben und einen Teil der memelländischen Abgeordneten verhaftet bzw. an der Reise nach Memel hinderten. Außerdem hat Reichgys eine Finanzverwaltung getrieben, die die Lage des Memelgebietes in wenigen Monaten zu einer Katastrophe führen mußte. Nicht weniger als 60 Beamte sind mit halbem Gehalt entlassen und dafür 60 neu eingestellt worden; zahlreiche andere Beamte, die fristlos

entlassen und durch neue ersetzt wurden, konnten ihre Ansprüche bei den memelländischen Gerichten mit Erfolg verteidigen, so daß dadurch dem Gebiet neue gewaltige Ausgaben entstanden sind. Die Lage der memelländischen Wirtschaft und vor allem der Landwirtschaft hat sich durch diese Finanzpolitik wesentlich verschlechtert, zumal es nicht gelungen ist, Absatzmärkte für die memelländischen und litauischen Erzeugnisse im Ausland zu finden.

Was man Neues aus Rom hört, kann keineswegs als ein Beweis dafür genommen werden, daß die Litauer sich durch irgendwelche Maßnahmen Genes oder, genauer gesprochen, der Signatarmächte für das Memelgebiet besonders einflussreicheren ließen. Man muß vielmehr sagen, daß die beiden Handlungen der letzten Tage, die Beauftragung des Führers der Schützenverbände, Dr. Prudelis, mit der Bildung des Memel-Direktoriums und die Erklärung Reichgys', einen glatten Dohn auf die ganzen Genes Verhandlungen darstellten. Im übrigen ist die Erklärung über den Rücktritt des Direktoriums Reichgys ein unwahrscheinlicher Versuch, die zahlreichen Rechtsbrüche zu leugnen, der keineswegs an irgendeiner Stelle ernst genommen wird. Die Neubildung des Direktoriums durch Prudelis stellt eine unerhörte Provokation der Bevölkerung dar, da bei allen großen gegen das Deutschtum gerichteten Aktionen die litauischen Schützenverbände in vorderster Front gestanden haben. Seit den Tagen des litauischen Gewaltstreichs im Jahre 1923 bildeten sie eine ständige Unruhequelle der Bevölkerung. Bei jeder neuen Vergrößerung verurteilten sie das Land einzuwickeln und die politische Spannung aufzuhetzen zu heigern. Durch derartiges Vorgehen erzeugt man nur den Anschein, als wolle man überhaupt nicht die Befriedigung des Memellandes, und beweist damit, daß Litauen nicht in der Lage ist, die Herrschaft über ein Land mit anderem Volkstum auszuüben. Es ist zu erwarten, daß sich endlich die Signatarmächte auf diese Herausforderung mit der nötigen Schärfe antworten und eine endgültige Wandlung der Lage herbeiführen.

voller Spannung ist durch diese Verhandlungen beendet. Daß die Ratstagung in Genes die Vereinbarung fortzuziehen, Vorbehalte oder Einwände erheben werde, ist nicht anzunehmen. Es waren Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung. Daß beide Regierungen in diesen viel beprochenen, durch die deutschfeindliche Presse mehr vernebelten als leuchtend diskutierten Fragen zu einer Übereinkunft gelangt sind, nehmen wir als günstiges Zeichen für die weitere Entwicklung der deutsch-französischen Aussprache. So könnte gerade die Saarfrage, mehr in böswilliger Absicht, als mit sachlichen Gründen, als der Gefahrenherd Europas bezeichnet, der Ausgangspunkt einer wirklichen Beilegung werden. Für Baron Klotz, den Vorsitzenden des Dreierausschusses, bedeutet das Zustandekommen des deutsch-französischen Übereinkommens einen weiteren großen Erfolg. Die absolute Voraussetzung der Vereinbarung von Rom ist die sofortige und bedingungslose Rückgliederung des Saargebietes. Ohne sie bleibt die Aussprache unverändert. Für die Zeit bis zum Abstimmungsstag darf man von der Vereinbarung in Rom eine wesentliche Beruhigung der Stimmung und eine Vereinfachung der Situation erhoffen. Denn es kann nur der Klärung der Stimmung und der Lage dienen, wenn in Zukunft die Zweideutigkeit einer mit nochmaliger Abstimmung operierenden Status-quo-Propaganda nicht mehr möglich ist. Und wie die überwiegende Mehrheit des Saarvolkes auf das unerbittliche und einmalige „Entweder — oder“ antworten wird, darüber wird sich wohl niemand mehr auch nur der bescheidensten Illusion hingeben.

Genugtuung und Erleichterung in der englischen Öffentlichkeit

London, 4. 12. (Hunspr.) Die Blätter begrüßen die Nachricht von der in Rom er-

zielten Genes einen vorzüglichen Eindruck hervorgerufen. Das Generalsekretariat des Völkerbundes sehe der kommenden Sitzung optimistisch entgegen.

Das „Journal“ stellt fest, daß die ganze Genes Sitzung unter vollkommen anderem Umständen stattfinden werde, als man ursprünglich angenommen hatte. Das Resultat Ergebnis der Abstimmung, die sich vollzogen habe, sei die Ausschaltung der Meinungsverschiedenheiten über die Saarfrage und es scheine, als ob man nunmehr, in Erwartung der Abstimmung einem Burgfrieden entgegen gehe.

Aus Heimat und Vaterland

Die mit einem X gekennzeichneten Rückführungen sind über die Rückführungen, deren Rückkehr nur mit genauer Angabe (Hunspr. oder K. oder L.) geschehen ist.

Zusammensetzung der Schulkommissionen der litauischen höheren Schulen

Ihr. Um den Weg frei zu machen, auch auf dem Gebiete der höheren Schule der Führergedanken in jeder Hinsicht zu verwirklichen, sind durch ein im Litauischen Gesetzblatt vom 3. Dezember verkündetes Gesetz die allen Vorschriften über die Zusammensetzung der Schulkommissionen aufgehoben und im Verordnungswege neue Bestimmungen darüber getroffen worden. Nach der Neuregelung ist Vorsitzender der Schulkommission ein zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigtes Mitglied des Gemeinderates oder der Gemeinde oder ein zum höheren Schuldienst befähigter Gemeindevorstand. Außerdem gehören der Schulkommission an vier Mitglieder der Gemeinde, von denen mindestens zwei abgeschlossene Hochschulbildung haben und mindestens zwei männlichen Geschlechts sein müssen, von denen aber nicht mehr als zwei dem Lehrstande angehören dürfen, ferner der Rektor der Schule und ein Vertreter der Lehrerschaft der Schule. Die verantwortliche Entscheidung über die von der Schulkommission beratenen Gegenstände liegt dem Vorsitzenden allein zu. Das ist die wesentliche Neuerung.

Weitere Vorschriften der neuen Verordnung weichen u. a. die Berufung der Mitglieder, ferner die Befähigung einer für mehrere Schulen bestehenden Schulkommission, sowie die Berechtigung des Gemeinderates, die Befugnisse der Schulkommissionen zu übernehmen. Für besondere Fälle hat sich der Minister für Volksbildung die Bewilligung von Ausnahmen und den Erlass besonderer Bestimmungen vorbehalten. Die neuen Schulkommissionen sind so zeitig zu bilden, daß sie am 1. Januar 1935 in Kraft treten können. Im übrigen werden die Aufgaben der Schulkommissionen durch die Neuregelung nicht berührt. Inwieweit bleibt die Einschließung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung abzuwarten.

× Gammelsdorf. Die vom 19.—27. November durchgeführte Pfundsammlung ergab 412 Pfund Lebensmittel, wovon 144 Pfund auf Orieisdorf entfielen, 7 Paar Schuhe, 3 Paar Schuhsohlen, 16 Paar Strümpfe, 5 Paar Handschuhe und 16 Stück sonstige Kleidungsstücke. Allen Spendern und Sammlerinnen wird herzlich gedankt.

— Hühna. In Gegenwart vieler Ehrengäste beging der hiesige Hausbesitzerverein mit einer schlichten Feier sein 50jähriges Bestehen. Als Jubiläumsgeschenk wurden dem Winterhilfswerk und dem Hülfswerk „Mutter und Kind“ ansehnliche Beiträge überreicht. Der Vereinsführer Morgenstern hielt die Festrede, in der er einen Rückblick auf die Vereinsgeschichte gab. Der Landesführer Schölz überreichte dem Jubilarverein die vom Präsidenten des Zentralverbandes der deutschen Grund- und Hausbesitzervereine gestiftete Ehrenplakette und die für besondere Verdienste dem Vereinsführer Morgenstern verliehene silberne Ehrennadel. Weiter wurde eine ganze Reihe Vereinsangehöriger für langjährige treue Mitgliedschaft ausgezeichnet.

— Gräna. Den hiesigen Bahnkörper passierte dieser Tage eine Kuh mit drei Küblern in dem Augenblick, in dem ein Zug heranbraute, so daß der Eisenbahnhüter stark gefährdet wurde. Zum Glück gelang es herbeieilenden Personen, die Tiere noch im letzten Augenblick auf der Landstraße aufzuhalten, worauf man sie vorläufig in ein Geschäft sperkte. Später stellte es sich heraus, daß die Tiere vom Rittergut Rabenstein stammten und, durch einen Hund erschreckt, die Umzäunung durchbrochen hatten.

— Plauen. Am Sonntag nachmittag stellte ein Polizeibeamter im Keller der ebenfalls Rittergutschen Leberfabrik einen jungen Mann, der, als er abgeführt werden sollte, einen Fischverkauf unternahm. Nach mehrmaliger Aufforderung, stehen zu bleiben, machte der Beamte von seiner Schußwaffe Gebrauch und traf den Fischhändler in den Oberbauch. Es besteht der Verdacht, daß an dem Entschuldigungsverfuch mehrere Personen beteiligt sind. Der Verurteilte wurde ins Krankenhaus gebracht.